



Dr. Habiba Sarabi (links) ist Hämatologin, Politikerin und Reformerin des Wiederaufbaus Afghanistans nach der ersten Machtübernahme der Taliban. 2005 wurde sie als erste afghanische Frau überhaupt zur Gouverneurin der Provinz Bamyán ernannt. Sie war außerdem Ministerin für Frauenangelegenheiten und Ministerin für Kultur und Bildung. Sarabi war maßgeblich an der Förderung der Rechte und Vertretung von Frauen sowie von Umweltfragen beteiligt. Sie ist Hazara, Mitglied einer Minderheit in Afghanistan.

Foto: U.S. Institute of Peace/Flickr (CC BY 2.0)

Sima Samar ist eine afghanische Menschenrechtsaktivistin und Sozialarbeiterin. Von Dezember 2001 bis 2003 war sie Ministerin für Frauenangelegenheiten. Damit war sie die sechste Frau, die Kabinettsministerin in Afghanistan wurde, die erste Ministerin für Frauenangelegenheiten seit den 1970er Jahren und die erste Frau, die seit 1992 die Ministerin wurde. Samar leitete außerdem von 2002 bis 2019 die Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC). Von 2005 bis 2009 war sie zudem Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die Menschenrechtssituation im Sudan.

Foto: ShahzadaGhazna/Wikipedia (CC BY-SA 4.0)



Afghanische Frauen demonstrieren für Frieden und Frauenrechte.
Foto: Gerry Popplestone/Flickr (CC BY-NC-ND 2.0)

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker

Postfach 2024 • D-37010 Göttingen • Tel.: 0551 49906-0

E-Mail: info@gfbv.de • www.gfbv.de



@bedrohteVoelker



@bedrohteVoelker

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status bei den UN
und mitwirkendem Status beim Europarat

SCANNEN & SPENDEN!



Geprüft + Empfohlen!

Frauen in Afghanistan



Gesellschaft für
bedrohte Völker

In der afghanischen Gesellschaft sind ultrakonservative Vorstellungen über Geschlechterrollen weit verbreitet. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts gab es immer wieder Versuche, daran etwas zu ändern, diese scheiterten jedoch an den starken traditionellen Strukturen, die insbesondere im ländlichen Raum großen Einfluss haben und keine Neuerungen zulassen.

Aktuell wird Afghanistan von den islamistischen Taliban regiert, die nach dem Ende des etwa 20 Jahre andauernden NATO-Einsatzes im August 2021 wieder die Macht übernommen haben. Zuvor hatten die USA, Deutschland und andere NATO-Staaten versucht, in dem Land eine liberale Demokratie aufzubauen. Dieser Prozess hatte auch wichtige Verbesserungen für Frauen mit sich gebracht.

Die Taliban jedoch schränken die Rechte der Bevölkerung jetzt wieder stark ein. Sie machen die zuletzt erzielten Fortschritte bei der Geschlechtergleichstellung zunichte. Ein bedeutender symbolischer Schritt war die Umwandlung des Frauenministeriums in ein Tugendministerium, das die Einhaltung religiöser Vorschriften überwachen soll. Aktuell ist die Situation dynamisch und intransparent: Konkrete Regelungen können sich kurzfristig ändern, wenn sich Machtverhältnisse innerhalb des Taliban-Regime verschieben. Die dadurch entstandene Ungewissheit schafft große Angst unter den Frauen.

Geschlechtertrennung im Alltag

Die Taliban vertreten das Ideal einer geschlechtergetrennten Gesellschaft, wobei die Sphäre des öffentlichen Lebens Männern vorbehalten ist, während Frauen zuhause im Privaten bleiben sollen. Das Haus dürfen sie nur verschleiert und in Begleitung eines

männlichen Verwandten verlassen. Auch in den Medien dürfen Frauen nur noch unter bestimmten Bedingungen gezeigt werden.

Die Abgrenzung zwischen den Geschlechtern geht so weit, dass Männer und Frauen, die einander nicht kennen, auch nicht miteinander reden dürfen. Dies führt in der Praxis beispielsweise dazu, dass Nichtregierungsorganisationen Frauen nicht mehr mit ihren Hilfsleistungen erreichen können. NGOs dürfen keine Frauen mehr beschäftigen und den verbleibenden, männlichen Mitarbeitern ist es verboten, mit unbekanntem Frauen direkt in Kontakt zu treten.

Stark eingeschränkter Zugang zu Arbeit und Bildung

Frauen sind in ihrer Erwerbstätigkeit stark eingeschränkt. Während des NATO-Einsatzes bis 2021 konnten Frauen arbeiten gehen und zumindest formell ihren Beruf frei wählen. Nun haben die Taliban vielen Frauen ein Berufsverbot erteilt: Frauen, die zuvor für die Regierung, die Justiz oder in den Medien gearbeitet hatten, dürfen ihre Arbeit nicht mehr ausüben. Frauen, die in anderen Bereichen beschäftigt sind, wissen nicht, ob das langfristig noch möglich sein wird. Dies bringt viele betroffene Frauen und ihre Familien in eine finanzielle Notlage oder schafft Ungewissheit für die Zukunft.

Darüber hinaus dürfen Mädchen und Frauen unter den Taliban nun keine weiterführenden Schulen mehr und Universitäten nur noch unter starken Einschränkungen besuchen. Dies gefährdet wichtige Fortschritte, die für Frauen im Bereich der Bildung bis 2021 erzielt werden konnten. Beispielsweise war zuletzt die Alphabetisierungsrate unter Frauen deutlich angestiegen.

Kein Schutz vor Gewalt

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist in Afghanistan weit verbreitet, wird aber nur selten angezeigt. Laut einem Bericht des afghanischen Frauenministeriums kurz vor der Machtübernahme der Taliban sind Schläge, Belästigung, Zwangsprostitution, Verweigerung von Unterhaltszahlungen sowie Zwangs- und Frühverheiratungen die häufigsten Arten von Gewalt gegen Frauen. Seit die Taliban regieren, wurden Unterstützungsangebote für Betroffene schrittweise eingestellt und Frauenhäuser geschlossen.

Doppelte Diskriminierung

In Afghanistan lebt eine Vielzahl von ethnischen Gruppen, unter ihnen Paschtun*innen, Hazara, Usbek*innen und Tadschik*innen. Einige dieser Gruppen, insbesondere die schiitischen Hazara, werden in der afghanischen Gesellschaft aufgrund ihrer ethnischen und religiösen Zugehörigkeit marginalisiert. Frauen, die diesen Gruppen angehören, werden also aufgrund ihres Geschlechts und ihrer Gruppenzugehörigkeit doppelt diskriminiert. Der Anschlag auf das Kaaj Institut in Kabul im September 2022 ist dafür ein Beispiel: Bei dem Anschlag auf eine Bildungseinrichtung im mehrheitlich von Hazara bewohnten Stadtteil wurden 53 Menschen getötet, mindestens 46 von ihnen waren weibliche Hazara. Die Anschläge folgten als Antwort auf Demonstrationen von Frauen gegen die Verbrechen an den Hazara in den Provinzen Kabul, Herat, Bamiyan und Balkh.

